

**Beschluss des Kantonsrates
über die parlamentarische Initiative
von Markus Späth betreffend Mehr Demokratie
bei Wahl- und Abstimmungskämpfen**

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Bericht und Antrag der Kommission für
Staat und Gemeinden vom 23. Juni 2017,

beschliesst:

I. Die parlamentarische Initiative KR-Nr. 162/2014 von Markus
Späth wird geändert, und es wird nachfolgende Gesetzesänderung be-
schlossen.

***Minderheitsantrag von Armin Steinmann, Martin Farner, Katharina
Kull, Ursula Moor, Erika Zahler:***

*I. Die parlamentarische Initiative KR-Nr. 162/2014 von Markus
Späth wird abgelehnt.*

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Zürich, 7. Dezember 2017

Im Namen der Redaktionskommission
Die Präsidentin: Die Sekretärin:
Sonja Rueff Katrin Meyer

* Die Redaktionskommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Sonja Rueff,
Zürich (Präsidentin); Nina Fehr Düsel, Küsnacht; Sibylle Marti, Zürich; Sekre-
tärin: Katrin Meyer.

Gesetz über die politischen Rechte

(Änderung vom; Wahl- und Abstimmungswerbung)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Bericht und Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 23. Juni 2017,

beschliesst:

I. Das Gesetz über die politischen Rechte vom 1. September 2003 wird wie folgt geändert:

Neuer Titel nach § 22:

E. Wahl- und Abstimmungswerbung

§ 22 a. Die Gemeinden sorgen für eine angemessene Anzahl von Standorten für das Anbringen von Wahl- und Abstimmungswerbung vor eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Wahlen und Abstimmungen.

II. Diese Gesetzesänderung untersteht dem fakultativen Referendum.

III. Im Falle eines Referendums wird der Beleuchtende Bericht von der Geschäftsleitung des Kantonsrates verfasst.